

PRESSEMITTEILUNG

Ausgaben der Krankenkassen für den Krankenhaussektor bleiben stabil

Schiedsstelle setzt Landesbasisfallwert für Kliniken fest

Mainz, 15.04.2005

Die von der Landeskrankenhausgesellschaft und den Kassenverbänden getragene Schiedsstelle in Rheinland-Pfalz hat nach einer dreitägigen Sitzung am 07.04.2005 den für das Jahr 2005 landesweit geltenden Basisfallwert für die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz in Höhe von 2.923,85 Euro festgesetzt. Der Landesbasisfallwert ist die Grundlage für die Abrechnung von Krankenhausleistungen über Fallpauschalen. Mit der erstmaligen Festlegung eines Landesbasisfallwertes wird ein wichtiger Meilenstein zur Umstellung auf ein einheitliches Preissystem im Kliniksektor gesetzt. Mit dem von der Schiedsstelle festgesetzten Landesbasisfallwert werden die Ausgaben der Krankenkassen im Jahr 2005 für den Krankenhaussektor stabil bleiben.

Durch das neue DRG-System (Änderungen im Fallpauschalen-Katalog) sind den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz in den ersten Monaten des Jahres 2005 erhebliche Erlösausfälle entstanden. Trotz intensiver Bemühungen der Krankenhausgesellschaft waren die Krankenkassen nicht bereit, diese Erlösausfälle zur Liquiditätssicherung der Krankenhäuser auszugleichen. Erst durch den jetzt festgesetzten Landesbasisfallwert werden die Krankenhäuser in die Lage versetzt, diesen Nachteil zukünftig aufzufangen. Über das Jahr gesehen sind damit Ausgabenerhöhungen nicht verbunden.

Die Grundlage für den festgesetzten Landesbasisfallwert 2005 sind die vereinbarten Budgets 2004 der rheinland-pfälzischen Krankenhäuser, die seit mehr als 10 Jahren streng an die Beitragssatzstabilität gebunden waren und 2004 nur um 0,02% erhöht wurden. Diese gemeinsam mit den Kassenverbänden abgestimmte Ausgangsbasis, wurde lediglich um die gesetzliche Veränderungsrate in Höhe von 0,38 % erhöht.

Die Schiedsstelle ist dem Antrag der Krankenhausgesellschaft auf Festsetzung eines medizinisch leistungsgerechten Basisfallwertes unter Berücksichtigung der Kostenentwicklungen in den Krankenhäusern aus Gründen der Einhaltung der Beitragssatzstabilität nicht gefolgt. Damit wird die seit Jahren bestehende Deckelung der Krankenhausbudgets über den Landesbasisfallwert fortgeführt.

Zum Hintergrund:

Zur Vergütung der allgemeinen Krankenhausleistungen wurde mit dem GKV-Gesundheitsreformgesetz im Jahre 2000 die Entwicklung eines durchgängigen, leistungsorientierten und pauschalierenden Vergütungssystems beschlossen und sog. DRG-Fallpauschalen (DRG= Diagnosis-related-groups) eingeführt. Nähere Einzelheiten sind im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) und im Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) geregelt. Demnach haben erstmals für das Jahr 2005 die Verbände der Krankenkassen und der Verband der privaten Krankenversicherung mit der Krankenhausgesellschaft des jeweiligen Bundeslandes (Vertragsparteien auf Landesebene) einen landeseinheitlichen Basisfallwert festzulegen. Dies hat derart zu geschehen, dass Beitragserhöhungen für die Krankenkassen ausgeschlossen werden. Der landeseinheitliche Basisfallwert ist ein wesentlicher Faktor zur Abrechnung von stationären Leistungen im Krankenhaus. Bis 2009 werden die Kliniken schrittweise an diesen einheitlichen Preis heran geführt, der bis dahin jährlich angepasst wird. Die Vertragspartner auf Landesebene hatten sich an die Schiedsstelle gewandt, weil sie sich in mehreren Verhandlungen nicht über einen landeseinheitlichen Basisfallwert für das Jahr 2005 einigen konnten.

Nähere Informationen zu den Aufgaben der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz können Sie unserer Internet-Seite unter www.kgrp.de entnehmen.

Ansprechpartner:

Andreas Wermter, Referent der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.

Tel.: 06131/28695-35